

10. Die Reorganisation der Nazis

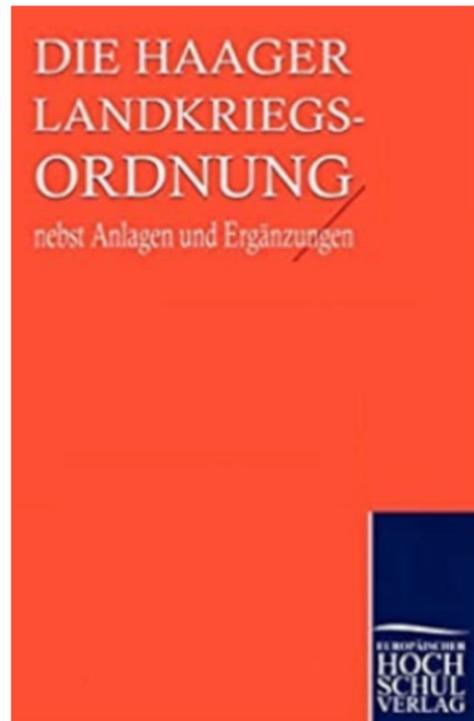
Die alliierte Treuhand-Verwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) in Westdeutschland (sog. „Trizone“)



Erlaubte Kriegslisten

Kriegslisten sind anders als Heimtücke nicht völkerrechtlich verboten, sondern erlaubt. Kriegslisten sind Handlungen, die einen Gegner irreführen oder ihn zu unvorsichtigen Handlungen veranlassen sollen, die aber keine Regel des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts verletzen und nicht heimtückisch sind, weil sie den Gegner auch nicht verleiten sollen, auf den sich aus diesem Recht ergebenden Schutz zu vertrauen.

Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt: Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



Quelle: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>



„Marshallplan“ = Anschubfinanzierung durch die USA



MARSHALL-PLAN

2019

© 2019 G. H. & M. S. W. S.

DER MARSHALLPLAN



HILFT EUROPA

DRUCK: BERUF & ARBEIT BADEN-BADEN

**10.1 Nekromantie - Totenbeschwörung aus London
= Die Gründung der angloamerikanischen
Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“
(„BRD“) am 23. Mai 1949 in Bonn!**



Nekromantie - Die Totenbeschwörer aus London

Haager Landkriegsordnung (HLKO) - Artikel 24 Kriegslisten sind erlaubt - Zitat:

Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.

Beweis-Quelle:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=translation&l=de

Anwendung von Lug und Trug, Irreführung, Täuschung, Anschein, Falschinformationen, Glaubhaftmachung, Scheinstellungen, Attrappen, falsche Hoffnungen, Schüren von Ängsten usw.:

Sefton Delmer (1904-1979) - bedeutender englischer Journalist:

"Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, umso besser. Lügen, Betrug - alles"

Quelle: *Die Deutschen und ich*, Hamburg 1963, S. 590

1. Londoner Empfehlung: „Im Juni 1948 werden auf der Sechsmächte-Konferenz in London die Weichen für einen westdeutschen Teilstaat gestellt.“

Quelle: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/38975/von-den-londoner-empfehlungen-zum-grundgesetz>

In der sogenannten Trizone der Westalliierten Besatzungsmächte wird auf der Grundlage der „Londoner Empfehlungen“ die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) errichtet.

In der Theorie und in der römischen Völkerrechtsrealität ist die BRD eine Treuhand- und Besatzungsverwaltung gem. HLKO und UN-Charta auf dem westlichen Staatsgebiet des handlungsunfähigen Deutsches Reiches.

In der Praxis wird die BRD (vgl. Birne) allerdings als „deutscher Kernstaat“ installiert, der nach außen hin sofort als „Deutschland“ (vgl. Apfel) auftritt und die Nazi-Ideologie fortsetzt.

(Vgl. Metapher: Die Birne tritt sofort als Apfel in Erscheinung, obwohl es definitiv eine Birne ist.)

Beweis: Aktive Weiterführung der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 05.02.1934 und die Organisation der BRD mit über 50.000 Nationalsozialisten gleicht in der Praxis einer Neu-Organisation von Nazi-Deutschland 1937.

Nekromantie: Wiederauferstehung der Nazi-Dämons Adolf Hitlers in Westdeutschland! (Metapher: Die Birne führt den Geist des Apfels weiter.)

2. Bundesgesetzblatt Nr.49 vom 27. November 1950: Bei der Errichtung des Bundesrechnungshofes und der Anwendung der „Vorschriften der Reichshaushaltsordnung“, tritt an die Stelle des Deutschen Reiches die Bundesrepublik Deutschland und gleichermaßen an die Stelle des Reichstages der Bundestag, usw.

(Vergl.: Metapher: Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der Nazis) wird die Birne in „der juristischen Welt“ der Nazis zum Apfel.)

3. 1973: Das BVerfG hat in seinem Urteil zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Folgendes festgestellt:

Das Grundgesetz geht davon aus, „dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist“. **Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern „ein Teil Deutschlands neu organisiert [...]. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“**

Quelle: BVerfG, Urteil vom 31. Juli 1973, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 36. Band, 1 (15f.) = Neue Juristische Wochenschrift 1973, 1539. 2 Dolzer in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts, 3. Aufl., 2003, Band I, § 13 Rn. 12.

Siehe dazu weiter die SHAEF-Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung in Deutschland - Gesetz Nr. 1 Art. III Abschnitt 4, Gesetz Nr. 52 Art. VII Abschnitt e), Gesetz Nr. 53 Art. VII Abschnitt g), Gesetz Nr. 161/2,

das Grundsatzurteil Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 - 2BvF 1/73 zum Völkerrechtssubjekt „*Deutsches Reich*“

, die Dokumentation Deutscher Bundestag der BRD - wissenschaftlicher Dienst WD 3 - 292/07 - Antwort Auswärtiges Amt der BRD: Auswärtiges/Antwort vom 30.06.2015 - Referenz hib 340/2015)

und die Protokolle aus dem Bundeskanzleramt 354 Bll vom 17.07.1990

(ACHTUNG! Kriegslist: BRD-Besatzungsregime ist KEIN STAAT!)

(Vgl. Metapher: Die Birne „glaubt“ tatsächlich, dass sie der Apfel sei (sieht sich als identisch) oder der Apfel wurde, weiß allerdings, dass die äußere Form nicht vollständig identisch sein kann.

Im ideologischen Wahn unbedingt der ganze Apfel sein zu wollen, sieht die Birne darüber hinweg, dass sie in Bezug auf die räumliche Ausdehnung nur „teil-identisch“ mit dem Apfel ist. Für die Birne ist ihr Dasein als vollwertiger Apfel keinesfalls in Frage zu stellen. („teilidentisch“, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“))

4. 31. August 1990 und spätestens ab dem 03. Oktober 1990: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Birne) und der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Birne) über die Herstellung der Einheit Deutschlands. (sog. „Einigungsvertrag“)

Täuschung im Rechtsverkehr bzw. gigantischer Betrug ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit:

Die Täuschung aller Völker durch eine sog. „Wiedervereinigung“ Deutschlands = des Deutschen Reiches, was in der Rechtsrealität unsinnig ist, da Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter handlungsunfähig fortbestand und besteht.

In der Theorie-Realität und auch einmalig in der Geschichte des römischen Rechts hat ab 1990 einfach die eine Besatzungs- und Treuhandverwaltung BRD eine andere Treuhand- und Besatzungsverwaltung DDR seines alliierten Verbündeten UdSSR durch Kriegslisten übernommen und sich Gebiets-technisch einverleibt.

In der Praxis haben die Nazi-Dämonen einen großen Teil Nazi-Deutschlands von 1937 territorial zurückerobert.

(Metapher: Die Birne tritt seit 1990 souverän als Apfel in Erscheinung und täuscht die sog. „internationale Weltgemeinschaft“.)

5. 2004: Die Volksrepublik Polen tritt ohne Grenzgarantie dem Interessensbündnis „Europäische Union“ (Viertes Reich der Nazis = Walter Hallstein-NSDAP-Plan) bei.

Mit diesem Trick wurde Nazi-Deutschland im Zustand vom 31. Dezember 1937 (fast) vollständig wiederhergestellt.

Das nördliche Ostpreußen = heutiges Kaliningrad ist gegenwärtig noch nicht einverleibt.

6. Mögliches Planungsszenario der Nazi-Dämonen: Ist der „Ukraine-Krieg“ nur ein Vorwand zur Rückeroberung von Kaliningrad bzw. nördliches Ostpreußen inklusive Königsberg als künftiges Verhandlungs-Ergebnis um weitere (mögl. atomare) Eskalationen zu vermeiden?

7. Übernahme der Welt-Herrschaft durch die Nazis - Projekt „New World Order“ = das 5. Reich.

Nekromantik:

Die **Totenbeschwörung**, auch **Nekromantie** und **Totenorakel** genannt, ist eine weltweit verbreitete Form des Spiritismus, die von der Annahme einer Existenz der Verstorbenen oder ihrer Seelen nach deren Tod ausgeht und durch Rituale und direkte Beschwörung Verstorbener deren Wiederbelebung und die Begegnung mit Geistern Verstorbener anstrebt, was Einblicke in die jenseitige Welt, Problemlösungen oder Einsichten in zukünftige Ereignisse bringen soll (Mantik). Die wissenschaftliche, literarische oder künstlerische Beschäftigung damit bezeichnet man als

Wortbedeutung Nekromantik: Das Wort *Nekromantie* leitet sich ab vom altgriech. *nekros* (*Leiche*) und von *mantis* (*Weissager*). Seit dem 13. Jahrhundert wird Nekromantie mit **Nigromantie** gleichgesetzt und mit der *Schwarzen Magie* assoziiert. Bei Paracelsus bedeutet Nigromantie die Beschwörung der Gestirngeister. Das Wort *Nigromantie* bezeichnet aber lediglich die mittelalterliche Wortneubildung für *Nekromantie*. Das Wort entstand aus einer Verschmelzung des alten griech.-lat. Begriffs *Nekromantie* mit lat. *niger*: „schwarz“. Im Mittelalter war das Wort *niger* gleichbedeutend mit „schlecht“ oder „schrecklich“, war unheilbringend oder ein Begriff der schwarzen Künste (vgl. Schwarze Magie, Schwarzer Tod). Die im Mittelalter von den *Nekromanten* ausgeübten Beschwörungs- und Weissagungspraktiken, die vor allem in Grimoires beschrieben wurden, waren von der christlichen Glaubenslehre als *superstitiös* (abergläubisch) untersagt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Totenbeschw%C3%B6rung>



Ewiger Welt-Krieg

**Die größte Kriegslist aller Zeiten ist die
nicht Beendigung des Kriegszustandes!**



Zweiter Weltkrieg nicht beendet!

"(...) Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt (...)"



Debellatio

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**. Die inzwischen veraltete Debellatio-Doktrin im **Völkergewohnheitsrecht** besagte, dass ein militärisch vollständig besiegter Staat, dessen Institutionen zerstört sind, kein **Völkerrechtssubjekt** mehr ist.^[1]

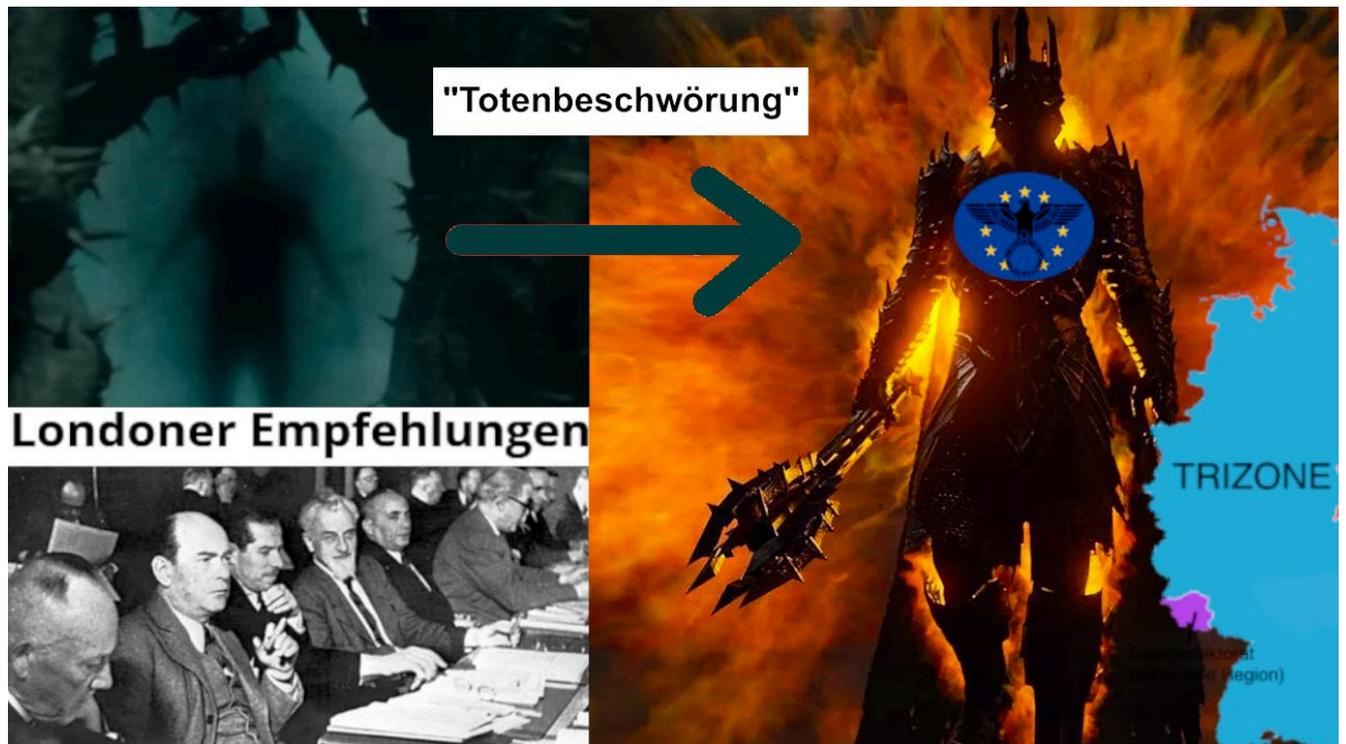
09. Mai 1945 Kapitulation der Wehrmacht:

Debellatio = Das Ende des Krieges wird HERBEIGEFÜHRT, doch muss die Beendigung des Kriegszustandes zuletzt auch völkerrechtlich vollzogen werden!

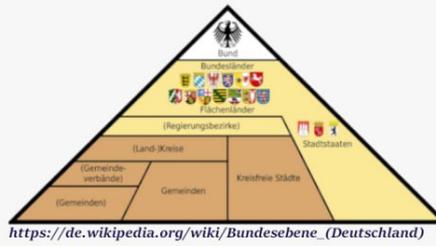
Debellatio

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**.



Die Bundesrepublik Deutschland (BRD)



Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der Nazis) wird die Birne (Metapher) in der "juristischen Welt" der Nazis zum Apfel.



§ 3

Bei der Anwendung der in § 2 bezeichneten Vorschriften treten an die Stelle

- a) des Reiches: die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Organe und Einrichtungen des Reiches die entsprechenden Organe und Einrichtungen des Bundes; insbesondere treten an die Stelle
 1. des Reichspräsidenten: der Bundespräsident,
 2. des Reichstages: der Bundestag,
 3. des Reichsrates: der Bundesrat,
 4. des Reichskanzlers: der Bundeskanzler,
 5. der Reichsregierung: die Bundesregierung,
 6. der Reichsminister: die Bundesminister,
 7. des Reichsministers der Finanzen: der Bundesminister der Finanzen,
 8. des Rechnungshofes des Deutschen Reiches oder seines Präsidenten: der Bundesrechnungshof oder sein Präsident.

Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der Nazis) wird die Birne (Metapher) in der "juristischen Welt" der Nazis zum Apfel.



§ 3

Bei der Anwendung der in § 2 bezeichneten Vorschriften treten an die Stelle

- a) des Reiches: die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Organe und Einrichtungen des Reiches die entsprechenden Organe und Einrichtungen des Bundes; insbesondere treten an die Stelle
 1. des Reichspräsidenten: der Bundespräsident,
 2. des Reichstages: der Bundestag,
 3. des Reichsrates: der Bundesrat,
 4. des Reichskanzlers: der Bundeskanzler,
 5. der Reichsregierung: die Bundesregierung,
 6. der Reichsminister: die Bundesminister,
 7. des Reichsministers der Finanzen: der Bundesminister der Finanzen,
 8. des Rechnungshofes des Deutschen Reiches oder seines Präsidenten: der Bundesrechnungshof oder sein Präsident.

Bundesflagge	
	
Vexillologisches Symbol:	
Seitenverhältnis:	3:5
Offiziell angenommen:	13. November 1848 (Deutsche Nationalversammlung)
	3. Juli 1919 (Deutsches Reich)
	wieder angenommen: 23. Mai 1949 (Bundesrepublik Deutschland) ^[1]

Dienstflaggen an Kraftfahrzeugen
(Längenangaben in cm)

 Präsident(in) des Deutschen Bundestages oder -rates	 Vizepräsident(in) des Deutschen Bundestages oder -rates
 Bundeskanzler(in) und Präsident(in) des Bundesverfassungsgerichts	 Bundesminister(innen) und Vizepräsident(in) des Bundesverfassungsgerichts
 Staatssekretäre des Bundes, Chef(in) des Bundespräsidialamts, Präsident(in) des Bundesrechnungshofs, Präsident(in) der Deutschen Bundesbank, Präsident(in) eines obersten Gerichtshofes des Bundes	 Leiter(in) der Bundesoberbehörden, Präsident(in) des Bundespatentgerichts, Vizepräsident(in) des Bundesdisziplinargerichts, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht, Bundesdisziplinaranwalt
 Direktor(in) des Deutschen Bundestages oder -rates	 Leiter(in) der Bundesmittelbehörden
 Leiter(in) der Bundesunterbehörden	



"Die heraldische Kombination von Schwarz, Rot und Gold ist bereits seit dem Mittelalter bezeugt.

Ein Vorläufer der deutschen Flaggen ist das Reichsbanner des Heiligen Römischen Reiches."

https://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Deutschlands

31. August 1990 und spätestens ab dem 03. Oktober 1990: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Birne) und der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Birne) über die Herstellung der Einheit Deutschlands. (sog. „Einigungsvertrag“)

Täuschung im Rechtsverkehr bzw. gigantischer Betrug ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit:
Bei der sog. „Wiedervereinigung“ Deutschlands = des Deutschen Reiches handelt es sich um eine Täuschung aller Völker. Der Begriff "Wiedervereinigung" ist in der Rechtsrealität unsinnig, da Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes niemals geteilt wurde, sondern einfach handlungsunfähig fortbestand und weiterhin in der räumlichen Ausdehnung vom 31. Dezember 1937 gemäß der offenkundigen Rechtsprechung handlungsunfähig fortbesteht.

In der Theorie-Realität und auch einmalig in der Geschichte des römischen Rechts hat auf dem ungeteilten und besetzten Staatsgebiet eines handlungsunfähigen Deutschlands = Deutschen Reiches ab 1990 einfach die eine Besatzungs- und Treuhandverwaltung BRD die andere Treuhand- und Besatzungsverwaltung DDR seines alliierten Verbündeten UdSSR durch Kriegslisten übernommen und sich das übernommene Territorium verwaltungstechnisch einverleibt.

In der Praxis haben die NaZi-Dämonen einen großen Teil NaZi-Deutschlands von 1937 territorial zurückerobert.

(Metapher: Die Birne tritt seit 1990 souverän als Apfel in Erscheinung und täuscht die sog. „internationale Weltgemeinschaft“.)

Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält. Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet und schränkt damit die Souveränität des betroffenen Landes erheblich ein. Nach den Genfer Konventionen haben Besatzungsmächte besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung im besetzten Gebiet.

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

II. Die Lehre von der autoritären Staatsführung.

A. Begriff und Wesen des Führerprinzips.

Autoritäre Staatsführung bedeutet: An der Spitze des Staates steht der Führer, dessen Geist und Wille das Staatswesen bejeelen. Ebenso ist es bei den Gemeinden, Körperschaften und Behörden. Der Führer ernennt die erforderlichen Unterführer höheren Grades, er kann sie zur Ernennung von Unterführern niederen Grades ermächtigen. Die Unterführer führen die ihnen anvertrauten Geschäfte selbständig im Sinne des Führers und sind dem Führer für ihre Geschäftsführung verantwortlich.

I. Zwei Elemente bilden hiernach den Führerbegriff:

1. **Autorität.** Sie wächst von oben nach unten. Für die gesamte Staatsführung ist nur ein Wille, nämlich der Wille des Führers maßgebend. Durch die Unterführer wird dieser Wille auf der Stufenleiter der Behördenorganisation abwärts getragen und von jedem an seinem Plage verwirklicht.
2. **Verantwortung.** Sie wächst von unten nach oben. Jeder Führer ist dem nächst höheren Führer und letzten Endes dem an der Spitze des Staates stehenden Führer verantwortlich. Eine Verantwortung besteht nur innerhalb der Führerschaft, nicht aber gegenüber andern Stellen wie z. B. Parlament oder Volk.

II. Das Führerprinzip ist im Aufbau der NSDAP. verwirklicht worden. Da es sich für den politischen Kampf bewährt hatte, wurde es auch auf privatrechtliche Verbände, Vereine und sonstige Vereinigungen und Veranstaltungen übertragen.

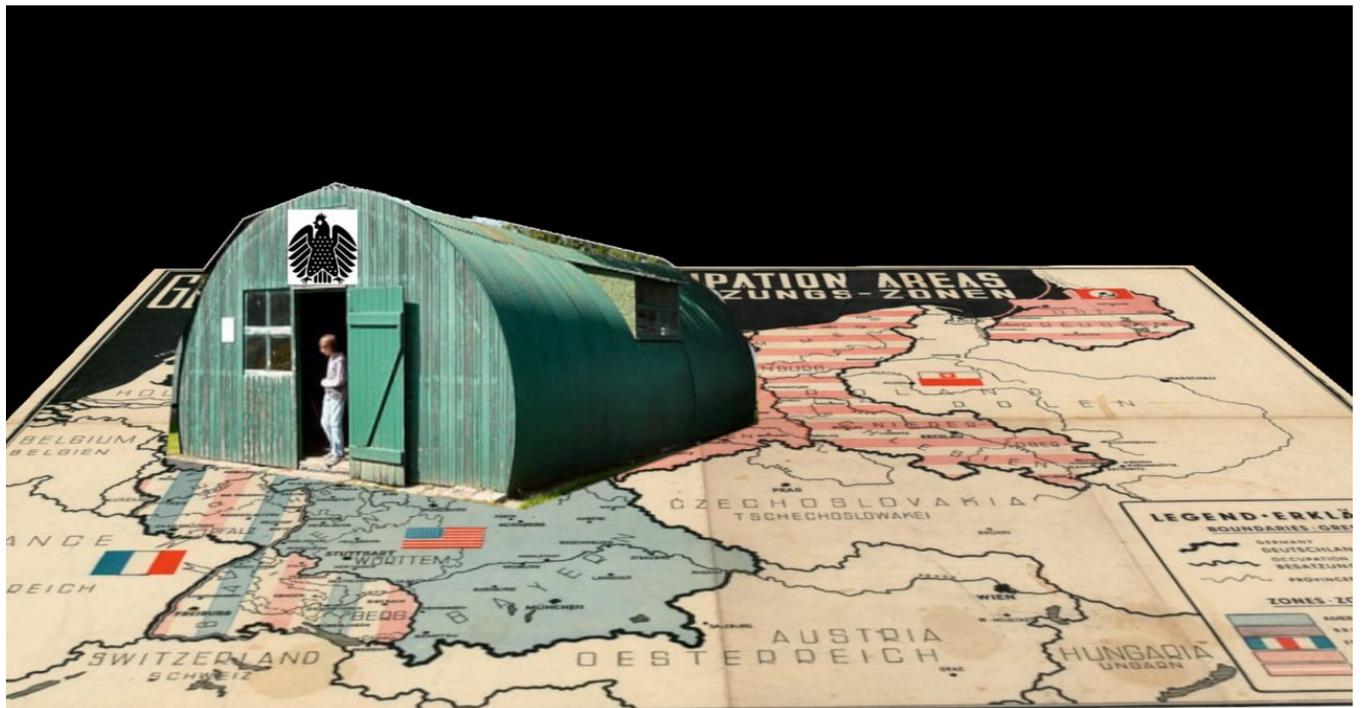


Provisorium

Das **Provisorium** (von *lat. provisio*, „Vorsorge“) bezeichnet eine für den vorübergehenden Zweck eingerichtete Sache, wobei die zeitliche Beschränkung des Gebrauches von vornherein festgelegt wird. Bedeutungsähnlich ist der Begriff **Interim** für eine Übergangslösung.



Nissenhütte, ein provisorisches Haus



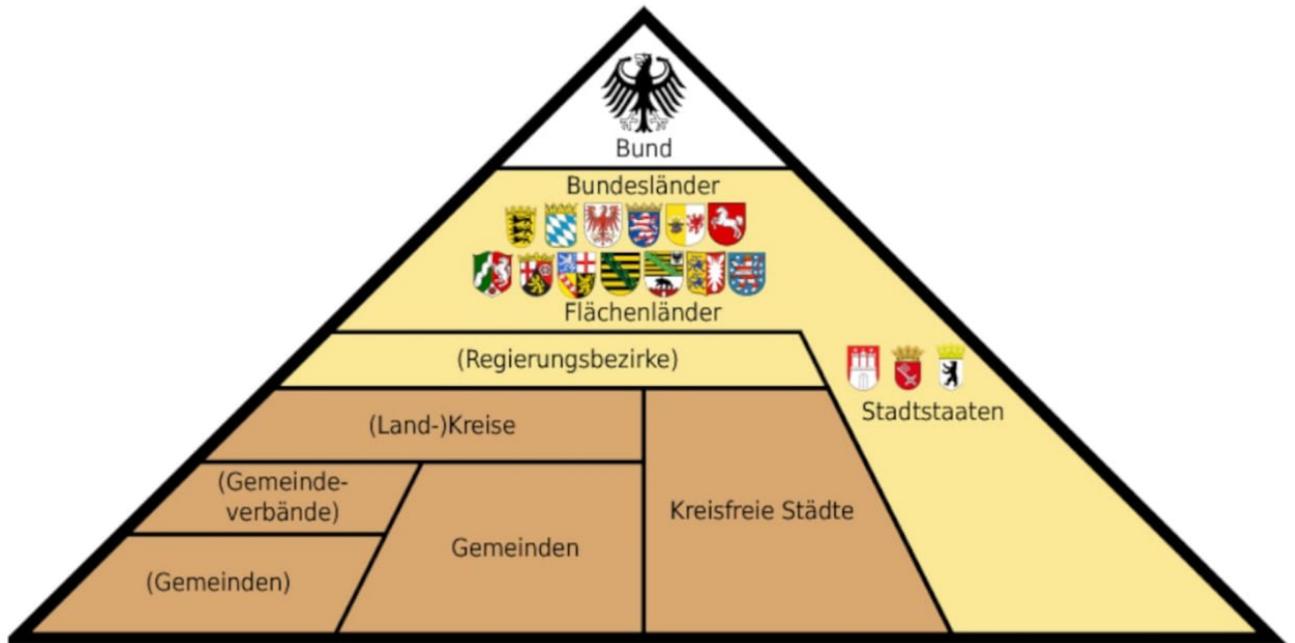
Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



Bundesrepublik Deutschland	
	
Flagge	Wappen
Amtssprache	Deutsch ¹
Hauptstadt	Berlin
Staats- und Regierungsform	parlamentarischer Bundesstaat (Bundesrepublik)
Verfassung	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Staatsoberhaupt	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Regierungschef	Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)
Parlament(e)	Deutscher Bundestag und Bundesrat
Fläche	357.588 ^[1] (62.) km ²
Einwohnerzahl	84.079.811 (30. Juni 2022) ^[2]





Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



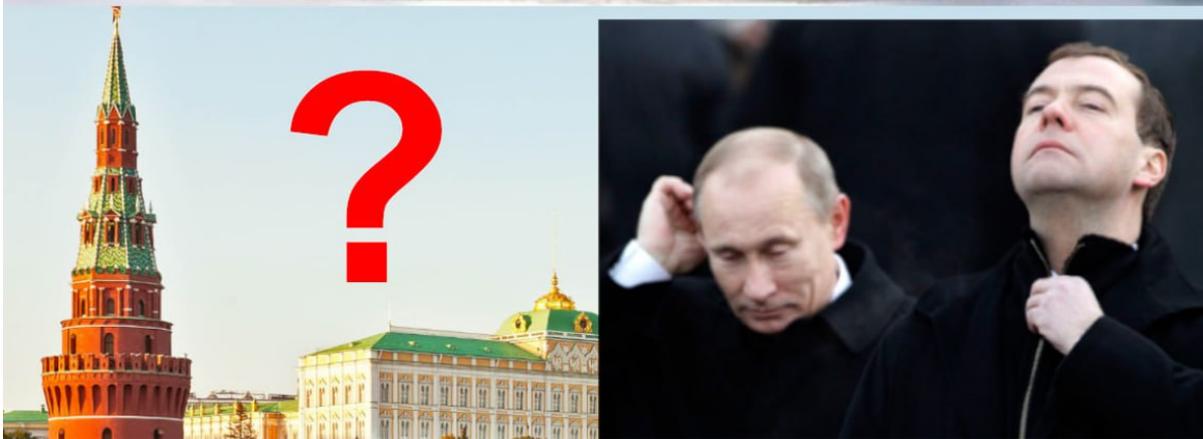
Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

Niemand soll erkennen, dass die „Bundesrepublik Deutschland“ ein angloamerikanisches Besatzungsregime ist, das den Nazis als Staatssimulation und Treuhandorganisation zur Eroberung der gesamten Erde bereitgestellt wurde!



**10.2 Das zwangsverordnete westalliierte
Militär-, „Grund-Gesetz“ als „Verfassung“ FÜR die
angloamerikanische Treuhandverwaltung/ „Bundesrepublik
Deutschland“**





DER RAT DER GÖTTER

BUCH: FRIEDRICH WOLF - PHILIPP GECHT - KAMERA: FRIEDL. BEHN-GRUND
BAUTEN: WILLY SCHILLER - MUSIK: HANNS EISLER - PRODUKTIONSETZG: ADOLF FISCHER

REGIE: KURT MAETZIG

MIT PAUL BILDT - FRITZ TILLMANN - WILLY A. KLEINAU - HANS-GEORG
RUDOLPH - YVONNE MERIN - INGE KELLER - ALBERT GARRE U.A.

EIN DEFA-FILM IM DEFA-FILMVERTRIEB

DEFA

Villa Rothschild

„Wiege des deutschen Grundgesetzes und der Bundesrepublik“.

Die **Villa Rothschild** ist ein Anwesen in **Königstein im Taunus**, das 1948–1949 als Tagungsort des **Parlamentarischen Rates** diente.

1887 beauftragten die **Rothschilds** den Franzosen **Armand-Louis Bauqué** und den Italiener **Emilio Pio** mit den Entwürfen für die Villa in Königstein. Das Modell des Gebäudes wurde im Januar 1888 im Rothschild Palais in Frankfurt aufgestellt. Am 12. April 1888 beratschlagte der Königsteiner Gemeinderat über das Bauvorhaben und genehmigte den Bau. Noch im selben Jahr begannen die Bauarbeiten. Die neue Sommerresidenz von **Wilhelm Carl von Rothschild** wurde fortan zum Empfang hochrangiger Adliger und Wirtschaftsleute genutzt. Die Eröffnung des Hauses war ein gesellschaftliches Ereignis, an dem unter anderen auch **Kaiserin Viktoria** und der **Prince of Wales** teilnahmen. 1938 flüchtete die Familie vor den Nazis in die **Schweiz**. Das Gebäude wurde von der Reichsfinanzverwaltung beschlagnahmt, 1939 weiterverkauft und von der Reichsgruppe Banken des **nationalsozialistischen Regimes** genutzt.

Da die Villa im **Zweiten Weltkrieg** nicht zerstört oder beschädigt wurde, übernahm das Land **Hessen** das Gebäude; es wurde von 1948 bis 1949 als Tagungshaus des **Parlamentarischen Rates**, des Wirtschaftsrates der Bizone und der westdeutschen Ministerpräsidenten genutzt. Während dieser Zeit wurde es auch *Haus der Länder* genannt und galt als *siehe oben*



Villa Rothschild, Vorderseite

„Ein Grundgesetz ist laut geltendem Völkerrecht [wp] (Haager Landkriegsordnung, Art. 43 [RGBl. 1910]) ein "Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit". Diese provisorische Natur kommt im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Art. 146 zum Ausdruck.“

Quelle: <https://at.wikimannia.org/Grundgesetz>

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

In Bonn ernannten 1948 ausländische Besatzungsmächte willkürlich ausgewählte Politiker zu parlamentarischen Räten. Diese bastelten am Entwurf eines Grundgesetzes und mit diesen Entwürfen wurden sie 36mal auf den Petersberg zitiert, ins Siebengebirge, wo die Vertreter der drei Westalliierten residierten. Dort haben dann diese Ausländer jedes Mal im Entwurf der nicht gewählten parlamentarischen Räte herum redigiert. Dann konstituierte sich der nicht gewählte, sondern von Ausländern ernannte Parlamentarische Rat im Bonner Museum König als provisorischer Bundestag und setzte das von Ausländern redigierte Grundgesetz für die alliierte Besatzungszone [wp], später BRD genannt, in Kraft.[1]

Staats- und Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Carlo Schmid betonte in seiner Grundsatzrede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 - Zitat:

Meine Damen und Herren!

Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: "Parlamentarischer Rat"? Was heißt denn: "Grundgesetz"? Wenn in einem souveränen Staat (sic!) das Volk (sic!) eine verfassungsgebende Nationalversammlung (sic!) einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung (sic!) zu schaffen. Was heißt aber "Verfassung"? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz.

Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt werden zu brauchen, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren. Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: Worum handelt es sich denn eigentlich - nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. [...]

Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingengt ist, durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird ein Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren. Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges. [...]

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, dass man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolks setzt. Das will das deutsche Volk in den drei Westzonen aber nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als dass die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte deutsche Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht ein Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn er legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte. [...]

Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluss der Volkssouveränität des Genehmigungspflichtigen! [...]

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."[2]"

Damit wird klargestellt, dass eine Verfassung durch ein freies Volk (!) in einem souveränen Staat (!) geschaffen wird, das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" keine Verfassung ist, mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland kein Staat errichtet wurde, durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland lediglich ein "**Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges**" geschaffen wurde.

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht nur kein souveräner Staat, sie ist überhaupt kein Staat, sondern eine Verwaltungseinheit.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland aber kein Staat ist, dann gibt es auch kein bundesdeutsches Staatsvolk. Und wenn, wie Carlo Schmid betonte, es "kein westdeutsches Staatsvolk gibt und keines geben wird", dann ändert daran ein Anschluss weiterer Gebiete (DDR) grundsätzlich erstmal gar nichts.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

Es gibt keinen bundesdeutschen völkerrechtlichen Staat,
kein bundesdeutsches Staatsvolk,
und keine bundesdeutsche Verfassung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist, was sie seit 1949 schon immer war, ein verwaltungstechnisches "Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit" basierend auf einem "Grundgesetz".

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wiederum ist ein besatzungsrechtliches[wp] Statut, welches durch den Alliierten Kontrollrat[wp] erlassen wurde.[3]

Forderung nach einer Verfassung

Prof. Dr. iur. Menno Aden[wp] schrieb zu der immer wieder geäußerten Forderung nach einer Verfassung unter anderem:

Zitat: «Wenn wir uns nach 1990 eine neue Verfassung gegeben hätten, dann wäre das deutsche Volk nicht mehr darin enthalten. Wenn wir Glück hätten, hieße es dann noch: die deutsche Bevölkerung[wp]. Das sollte man immer bedenken. Wir können dankbar sein, dass wir dieses Grundgesetz haben, das von wirklichen Patrioten gemacht worden ist, zwar unter einem Besatzungsregime, aber von deutschen Patrioten. Es ließe sich daran wohl manches verbessern, aber mit Sicherheit wäre 1992 oder '94 nur eine schlechtere Verfassung herausgekommen.» [4]

Besatzungsrecht und die Rechtslage Deutschlands nach 1945

Das Online-Lexikon Wikipedia schreibt zum "Besatzungsrecht" und zur "Rechtslage Deutschlands nach 1945":

Zitat: «Besatzungsrecht (auch Okkupationsrecht) ist das Recht, das ein oder mehrere Besatzungsmächte (Okkupanten) in Bezug auf ein besetztes Gebiet haben

(Recht des Okkupanten) oder setzen (vom Okkupanten gesetztes Recht). Die völkerrechtliche Grundlage des Besatzungsrechts ist in der Regel der Dritte Abschnitt der Haager Landkriegsordnung mit dem Titel "Militärische Gewalt auf besetzten feindlichen Gebieten". [...]

Okkupanten sind dabei ihrerseits an das Völkerrecht [wp] gebunden, vor allem an die Haager Landkriegsordnung und das IV. Genfer Abkommen [wp]. Völkerrechtlich gesehen gibt es zwei Situationen, die Besatzungsmächte zur eigenen Gesetzgebung berechtigen. Als Kondominium wird die Situation bezeichnet, in der die Souveränität eines besetzten Landes vollständig beseitigt und durch die gemeinsame Souveränität der Sieger ersetzt wird: Das Gebiet des besiegten Staates gehört nun den Siegern gemeinsam und wird von ihnen gemeinsam beherrscht. Ein Koimperium, die gemeinsame Wahrnehmung der Gebietshoheit, dagegen ist die Gemeinschaftsherrschaft auf dem Gebiet eines fremden Staates, der besiegt ist, aber trotz fehlender Handlungsfähigkeit als Völkerrechtssubjekt [wp] weiterbesteht.[5] Dessen Souveränität bleibt erhalten; die Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten teilen sich die Siegermächte.[6] Beispiel für letzteres ist die Rechtslage Deutschlands nach 1945 [wp].» [7]

Quelle: <https://at.wikimannia.org/Grundgesetz>

Auf Grund der Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1948 ist das Grundgesetz den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen vorgelegt und von diesen am 12. Mai des Jahres Eintausendneinhundertneunundvierzig zur Ratifizierung durch die Landtage genehmigt worden.

Villa Rothschild – die Wiege der Bundesrepublik

Heute ist die "Villa Rothschild" in Königstein im Taunus ein Luxushotel. Das Haus hat eine wechselvolle Geschichte – als Sommerpalais des jüdischen Bankiers Wilhelm Carl von Rothschild und als Tagungsort des Parlamentarischen Rates vor 60 Jahren, an dem das Fundament der Bundesrepublik gelegt wurde.

Veröffentlicht am 20.05.2009 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Elian Ehrenreich

Quelle: <https://www.welt.de/reise/article3775809/Villa-Rothschild-die-Wiege-der-Bundesrepublik.html>



Das Wort **"Wiege"** kann auch im übertragenen Sinn verwendet werden und bezeichnet dann **den Ursprungsort einer Sache oder sozialer Phänomene.**

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

"Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet (...)

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

Sowohl die "Bundesrepublik Deutschland" als auch die "Deutsche Demokratische Republik" sind im Rahmen des sog. "Besatzungsstatuts" errichtete Verwaltungs-Organisationen und damit **Besatzungsregime!**



2. Bundesgesetzblatt Nr.49 vom 27. November 1950:

Bei der Errichtung des Bundesrechnungshofes und der Anwendung der „Vorschriften der Reichshaushaltsordnung“, tritt an die Stelle des Deutschen Reiches die Bundesrepublik Deutschland und gleichermaßen an die Stelle des Reichstages der Bundestag, usw...

Metapher: Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der NaZis) wird die Birne in „der juristischen Welt“ der NaZis zum Apfel.



§ 3

Bei der Anwendung der in § 2 bezeichneten Vorschriften treten an die Stelle

- a) des Reiches, die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Organe und Einrichtungen des Reiches die entsprechenden Organe und Einrichtungen des Bundes; insbesondere treten an die Stelle
 1. des Reichspräsidenten: der Bundespräsident,
 2. des Reichstages: der Bundestag,
 3. des Reichsrates: der Bundesrat,
 4. des Reichskanzlers: der Bundeskanzler,
 5. der Reichsregierung: die Bundesregierung,
 6. der Reichsminister: die Bundesminister,
 7. des Reichsministers der Finanzen: der Bundesminister der Finanzen,
 8. des Rechnungshofes des Deutschen Reiches oder seines Präsidenten: der Bundesrechnungshof oder sein Präsident.

Archiv +++ A



Abgeordnete

Ausschüsse

Vom Provisorium zum deutschen Exportschlager

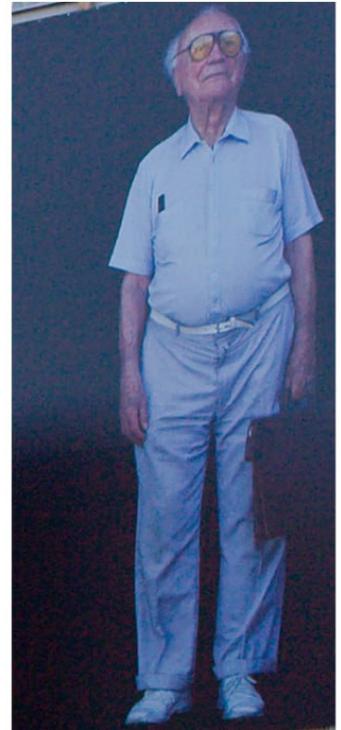


Quelle :

https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46502424_kw44_grundgesetz_export-213394

Bundesrechnungshof (Gebäude, Frankfurt am Main)

Das **Gebäude des ehemaligen Bundesrechnungshofs** ist ein **denkmalgeschütztes** Gebäude in der **Frankfurter Altstadt**, in welchem der **Bundesrechnungshof** bis zu seinem Umzug nach **Bonn** im Jahr 2000 seinen Sitz hatte. Auf dem Gelände entstanden 2015 bis 2018 die **Kornmarkt Arkaden**, wozu ein Teil des Gebäudes umfassend saniert und der abgerissene Teil durch einen Neubau ergänzt wurde.



Koordinaten: 50° 6′ 38,2″ N, 8° 40′ 43,4″ O

Der Nazi-Initiator Hermann Josef Abs

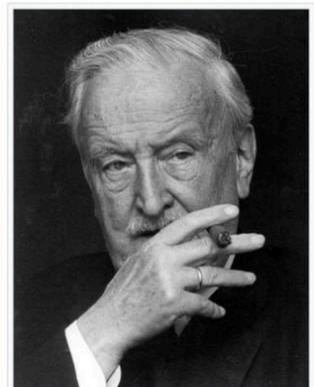
Hermann Josef Abs



Dieser Artikel behandelt den deutschen Bankmanager. Zum Erziehungswissenschaftler siehe [Hermann Josef Abs \(Erziehungswissenschaftler\)](#).

Hermann Josef Abs (* 15. Oktober 1901 in Bonn; † 5. Februar 1994 in Bad Soden am Taunus) war ein deutscher **Manager** und **Berater**. Im **nationalsozialistischen Deutschland** war er ab 1938 **Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG** sowie ab 1940 Mitglied des Aufsichtsrats der **I.G. Farben**. Seit dem **Anschluss Österreichs** war er neben **Walter Pöhle**, **Karl Rasche** und **Reinhold von Lüdinghausen** einer der Hauptakteure der als „**Arisierung**“ verharmlosten Enteignung von **Juden**.^[1] Nach der **Befreiung vom Nationalsozialismus** wurde er von seinem Vorstandsposten suspendiert und für etwa drei Monate inhaftiert, jedoch von den Briten in der **britischen Besatzungszone** verwendet.

Er war **Vorstandssprecher** von 1957 bis 1967 und anschließend bis 1976 **Aufsichtsratsvorsitzender** der Deutschen Bank (DB). Die Anhäufung vieler weiterer **Aufsichtsratsmandate** führte zur **Lex Abs**. **Konrad Adenauer** diente er als **Berater** und „**Finanzdiplomate**“. Er galt als ein einflussreicher **Kunstmäzen**.



Hermann Josef Abs in den 1970er Jahren 



Eingang des [Bundesrechnungshofs](#) (Gebäude des ehem. Bundespostministeriums) in Bonn:
Bronzeplatte von [Hans Wimmer](#)

Startseite

Bundes
rechnungshof

[Über uns](#) [Veröffentlichungen](#) [Internationales](#) [Karriere](#) [Presse](#) [Der BWV](#)

Unser Leitbild



[https://www.bundesrechnungshof.de/DE/5 ueber uns/3 was uns antreibt/leitbild/leitbild artikel.html](https://www.bundesrechnungshof.de/DE/5_ueber_uns/3_was_uns_antreibt/leitbild/leitbild_artikel.html)

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Geschichte | 16. Oktober 2011 | Egon Bahr | 41 Kommentare

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.



Auszug - Quelle:

<https://jungefreiheit.de/wissen/geschichte/2011/lebensluege-der-bundesrepublik/>

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die „Kanzlerakte“, ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der Zeit habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei

drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. – Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt. Nachdem ich die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz.

Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer



„Es könne nur ein Grundgesetz für einen Übergangszustand (...) beschlossen werden, für eine Staatsverfassung fehle es an einer westdeutschen Staatsnation. Wer diese Fiktion aufstelle, bereite den Boden für einen anderen deutschen Staat im Osten Deutschlands ...“

Die Errichtung eines „Staates“ in Westdeutschland setze voraus, dass es eine westdeutsche Staatsnation gebe, und die gebe es nicht.

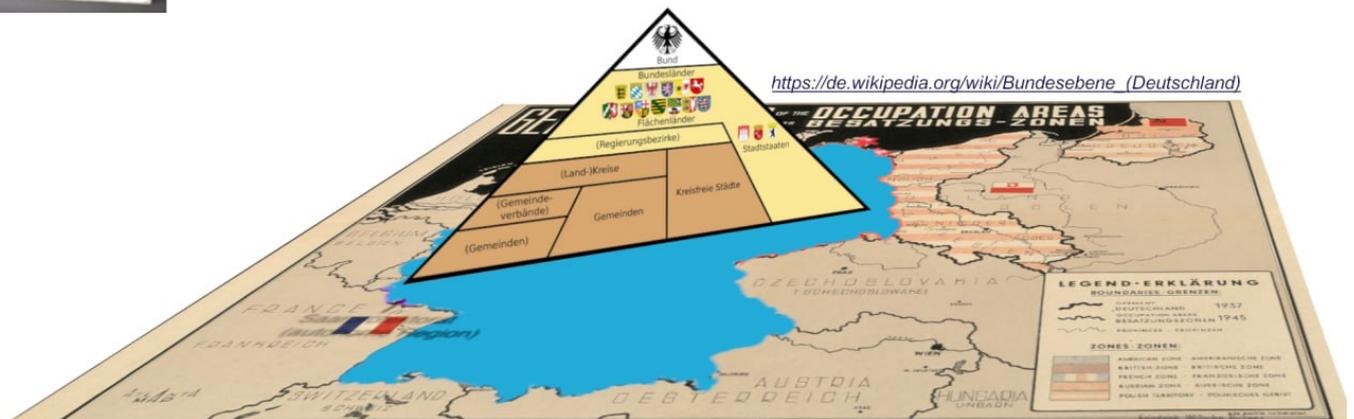
Quelle:
Carlo Schmid: Erinnerungen,
Goldmann Verlag, 1981, S. 360





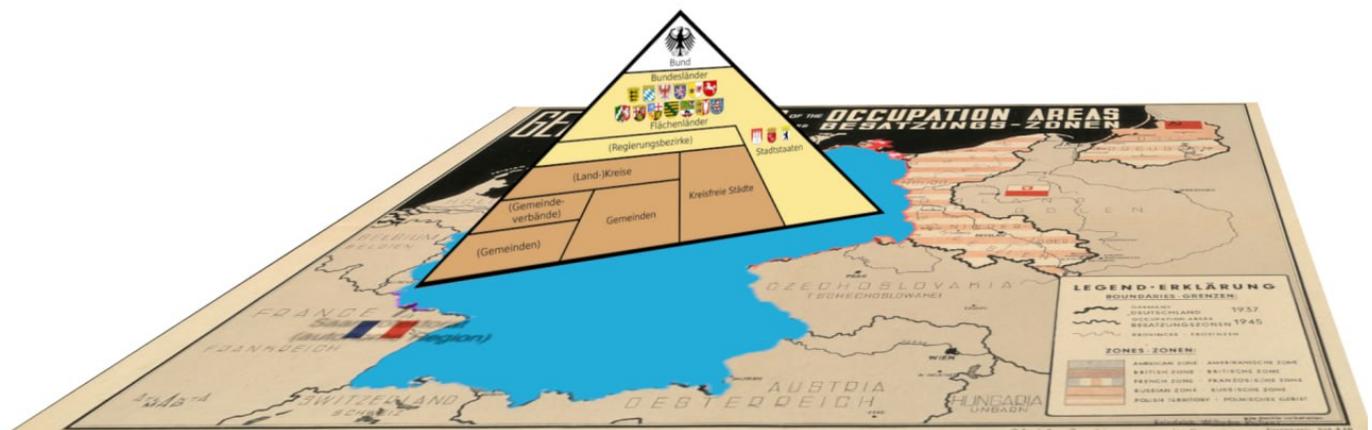
16 Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

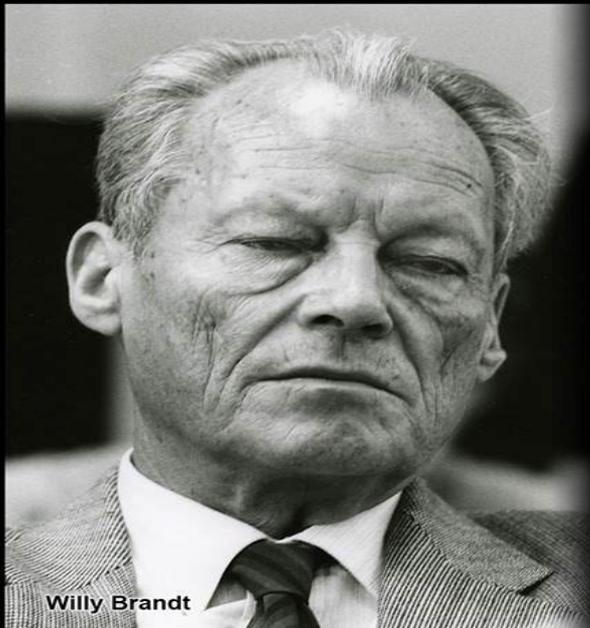
Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Besatzungsregime: Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt.
Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>



**Konrad Adenauer 1953:
„Wir sind keine Mandanten des
Deutschen Volkes; wir haben
Auftrag von den Alliierten!“**



Willy Brandt

**„Dieses Grundgesetz haben uns
die Amerikaner, um es vorsichtig
zu sagen, anempfohlen.
Man könnte auch sagen, auferlegt.“**

BUNTE, 14.2.1991, S. 94



Grundgesetz

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Art. 120

(1) ¹Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. ²Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. ³Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. ⁴Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. ⁵Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.

(2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkte über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.

[Vorherige Seite](#)

Artikel 23 und 146 im Grundgesetz vor 1990

Artikel 23

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 146

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

II. Der Bund und die Länder Artikel 23

[24. Mai 1949-29. September 1990]

1. Artikel 23. [1] Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. [2] In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

[29. September 1990-25. Dezember 1992]

1. Artikel 23. (weggefallen)

Kriegslist:

VERFASSUNG DER FREIHEIT

23. Mai 1949: Der Parlamentarische Rat unter
Vorsitz von Konrad Adenauer verkündet das Grundgesetz.
Die CDU hat diese Verfassung der Freiheit ein Vierteljahrhundert bewahrt und
ihre Politik danach ausgerichtet.

Freiheitliche Politik auf dem Fundament der Verfassung:

● Die CDU versteht die Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. ● Die Ausgestaltung des sozialen Rechtsstaates ist das Kernstück der Politik der CDU. Freiheit und soziale Sicherung gehören untrennbar zusammen.

● Die CDU schafft mit ihrer Sozial- und Gesellschaftspolitik die Voraussetzungen, damit jeder einzelne seine Rechte und Freiheiten tatsächlich verwirklichen kann. ● Für die CDU



ist persönliches Eigentum Eckstein jeder freiheitlichen und sozialen Ordnung. Eigentum verpflichtet zu sozialer Verantwortung. Produktivvermögen und Grundeigentum dürfen nicht zu unsozialen Zwecken mißbraucht werden. ● Die Soziale Marktwirtschaft dient den Zielen der Verfassung. Sie beweist, welche Entwicklungschancen unsere Verfassung für alle bietet. ● Die CDU verteidigt unsere freiheitliche Demokratie mit Entschlossenheit: Wer gegen unseren demokratischen Staat arbeitet, kann nicht in seinen Diensten stehen.

**WIR SICHERN
DIE FREIHEIT** **CDU**



23. Mai 1949 - Konrad Adenauer unterzeichnet das Deutsche Grundgesetz

Björn Hansen <bjhanse82@gmail.com>

Re: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Von: Heinrich Lorenz <Buergerservice@bmi.bund.de>
An: Björn Hansen <bjhanse82@gmail.com>

21.11.2016 um 12:35:14 MEZ

Betreff: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Unser Zeichen: O3-12007/1#1 – [REDACTED]

Ihr Zeichen: AV 1012309, 21. November 2016

Datum: 21. November 2016

Sehr geehrter Herr H [REDACTED],

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 21. November 2016.

Das Bundesministerium des Innern beantwortet keine weiteren Fragen zu den Thesen der sogenannten Reichsbürgerbewegung. Ein weiteres Antwortschreiben erfolgt daher nicht.

Das Grundgesetz ist entgegen Ihrer Behauptung weiterhin vorhanden und seit dem 01. Januar 1991 fester Bestandteil des bundesdeutschen Privatrechts und somit fester Bestandteil des Rechtsstaates innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

→ Sofern es der deutschen Rechtsprechung nicht widerspricht, ist das Grundgesetz auch heute noch partiell in Anwendung. ←

Unter Hinweis auf die Stellungnahme der Bundesregierung vom 20. Dezember 2013 (Bundestagsdrucksache 17/11970) zur Reichsbürgerbewegung wird auf weitere Ausführungen zu diesem Thema verzichtet.

Die Argumente der Reichsbürgerbewegung werden bis ins Detail von der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem unten angegebenen Link und den weiterführenden Links auf der Seite 28 widerlegt. Schon vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren zusätzlichen Stellungnahme durch das Bundesministerium des Innern.

http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/writes/pdfs/reichsbuerger_wro.pdf

http://buch.sonnenstaatland.com/verwaeris_in_die_vergangenheit.pdf

<http://www.km-faq.net/faq.php>

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Das GrundGesetz für die BRD ist keine Verfassung

Beweis Schlußartikel 146 GG.

GG Art. 16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.

...nur auf Grund eines Gesetzes.

Beweis GG Art. 146

GG Art. 116 (1) Deutscher ist ...wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt .. Beweis StAAusweis

Die Staatsangehörigkeit „deutsche Staatsangehörigkeit“ v. 05.02.1934. Beweis **NaZi-Gesetz**

GG Art. 139 Entnazifizierung ist gültig. Beweis BMI 2. Mai 2012 Az. V I 1-110 010/1 II

GG Art. 140 Die Bestimmungen der Art. 136/137/138/139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes

GG Art. 146 Dieses Grundgesetz .. verliert seine Gültigkeit .. eine Verfassung in Kraft tritt ..

Deutschland ist größer als die BRD.

Beweis: Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland 3 Verwaltungszonen

Beweis: Bonn ist die Hauptstadt der BRD 1 Verwaltungszone

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der BRD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören.

**Eine neue Verfassung hebt Deutschlands Verwaltungszonen nicht auf.
Die deutschen Völker sind seit 1934 rechtlos und erhalten mit dem GG
Art. 146 ihre Rechte mit der deutschen Verfassung von 1919 zurück.**

Ernst Gottfried Mahrenholz Vizepräsident Bundesverfassungsgericht

*„Von einer neuen Verfassung spricht der Artikel 146 auch gar nicht.
Er spricht von einer Verfassung die das Grundgesetz ablöst“.*

Beweis: Der Spiegel 14/1994

Das GG wird mit der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ungültig.

Nur mit dieser Verfassung kann die wirkliche Souveränität Deutschlands erreicht werden.

Beweis: Minister Schäuble Frankfurt EBC 20.Nov. 2011 Die BRD ist nicht souverän.

Der deutsche Befehlsempfänger Du bist nicht souverän.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. - 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. - ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.



Kriegslist-Plakate der BRD-Parteien!

Theo Weigel (CSU-Vorsitzender) auf dem sog. „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover 1989 - Zitat:

"Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren Vertriebenen, zu ihren Landsmannschaften. Wir lassen sie nicht diskriminieren, wie das da und dort immer wieder versucht wird. Und zur deutschen Frage gehören auch die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße.

Und ich wiederhole, was alle meine Vorredner hier gesagt haben: Unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung. Und wir in der Christlich Sozialen Union - auf Bayern beschränkt, aber mit bundesweiter Verantwortung und europäischer Dimension -, wir waren uns unserer gesamtdeutschen Verantwortung stets bewusst und wir haben sie in einer entscheidenden Stunde auch wahrgenommen:

Mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag haben die bayerische Staatsregierung und die CSU (...) in besonderer Weise nationale Grundsatztreue und ihre deutschlandpolitische Verantwortung unter Beweis gestellt. Mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973, 1975 und 1987 wurde allen Bestrebungen ein Riegel vorgeschoben, die darauf aus waren, aus dem Grundlagenvertrag einen Teilungs- und Anerkennungsvertrag werden zu lassen.

Und das Bundesverfassungsgericht hat die verfassungspolitischen und die verfassungsrechtlichen Tatbestände für alle bindend festgeschrieben, wonach

das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht, die Vier Mächte weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland tragen und es nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gibt, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.

Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind.

Und meine Damen und Herren, was ich hier sage und vortrage, steht nicht im Grundsatzprogramm einer Partei, nein, es ist gültiges Verfassungsrecht, vom Verfassungsgericht festgestellt und entspricht dem Völkerrecht. Und niemand darf dies bestreiten, niemand kann dies in Frage stellen, es ist deutsches, festgestelltes Verfassungsrecht und jeder ist gehalten, sich auf diesem Boden politisch zu bewegen.

Solange es keinen Friedensvertrag gibt, bleibt die deutsche Frage rechtlich, politisch und geschichtlich offen und kann erst dann entschieden werden, wenn das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht frei auszuüben in der Lage ist. Wer die Forderung nach Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel unseres Grundgesetzes aufstellt, hat sich in beschämender Weise aus der Gemeinsamkeit der nationalen Verantwortung verabschiedet. Er leugnet damit nationale Verantwortung und ist bereit, unsere Landsleute in den anderen Teilen Deutschlands ihrem Schicksal zu überlassen. Mit uns wird es eine Änderung des Grundgesetzes und der Präambel in dieser Frage nicht geben. Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht sind anerkannte Grundsätze des Völkerrechts und gelten für alle Völker und Volksgruppen, auch für die Deutschen! Das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung ist unveräußerlich und kann auch durch Verbrechen, die in deutschem Namen verübt wurden, nicht verwirkt werden. Unsere Freunde im Westen haben sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verpflichtet, wie dies im Deutschlandvertrag und in dem vom NATO-Rat 1967 angenommenen Harmel-Bericht zum Ausdruck kommt. Beim NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989 in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten erneut verpflichtet, einen Zustand des Friedens in Europa anzustreben, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir danken unseren Bündnispartnern für dieses klare Wort."

Beweis: Bericht der ARD-Tagesschau über das Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover 1989

Beweis: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 140

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Beweisquelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_140.html



Die Verfassung des Deutschen Reiches

11. August 1919

mit allen Änderungen bis zum 30. Januar 1933

mit dem (verfassungsändernden) Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (RGBl. I. S. 141) war das Gesetzgebungsrecht (einschließlich der Änderung der Reichsverfassung) auch der Reichsregierung erteilt, so dass ab diesem Tage die Reichsregierung jederzeit verfassungsändernde und -ergänzende (insbesondere dann verfassungsdurchbrechende) Gesetze erlassen konnte.

mit Hinweisen zu faktischen Änderungen durch die Gesetze der nationalsozialistischen Reichsregierung seit dem 30. Januar 1933;

lt. "Systematischer Übersicht über 76 Jahrgänge RGBl. (1867-1942)" war die Verfassung zum 1. Januar 1943 immer noch gültig, "soweit sie nicht durch die Grundgesetzes des neuen Reichs und andere Gesetze abgeändert oder überholt ist".

Präambel

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de33-45/verf33.htm>

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. - 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. - ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.



Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Die Deutschland-Attrappe



Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland



angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD



Der völkerrechtliche Staat „Deutschland“ = „Deutsches Reich“ existiert bis zur Gegenwart weiter fort, ist aber mangels Organisation nicht handlungsfähig!



Gesetze,
Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen
der Militärregierung - Deutschland

SHAEF

Gesetz Nr. 52

Artikel VII

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Gesetz Nr. 53

Artikel VII

g) Der Ausdruck „Deutschland“ bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember 1937 das „Deutsche Reich“ bestand.

Gesetz Nr. 161

2. Der Ausdruck „Grenzen des deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl. zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <26>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====



Deutscher Bundestag - VöL... x +

https://www.bundestag.de/press/hib/2015_06/-/380964

Meistbesucht Erste Schritte

Gebärdensprache | Leichte Sprache | English | Français | العربية

Hilfe Inhaltsübersicht Konta

Suchwort eingeben

Deutscher Bundestag

Der Bundestag | Dokumente | Mediathek | Kultur & Geschichte | Presse | Besuchen Sie uns | Service

Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > 06

Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".

Herausgeber

Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten

Verantwortlich: Jörg Biallas
Redaktion: Alexander Heinrich, Claudia Heine, Michael Klein, Claudia Peter Kosfeld, Hans Krump, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Sören Christian Reimer, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

➔ Kontakt

Auch unterwegs aktuell informiert mit der kostenlosen App "Deutscher Bundestag"

Operation Verharmlosung, Irreführung und Relativierung

GESCHICHTE

ERSTER WELTKRIEG ZWEITER WELTKRIEG KALTER KRIEG MITTELALTER ARCHÄOLOGIE

GESCHICHTE VERSCHWÖRUNGSTHEORIE

Hilfe, existiert das Deutsche Reich etwa noch?

„Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘“: Diese Mitteilung der Bundestagsverwaltung sorgt für Aufregung in den sozialen Netzwerken. Dabei ist die staatsrechtliche Lage der Bundesrepublik ganz klar.

Veröffentlicht am 07.07.2015 | Lesedauer: 6 Minuten

Von Antonia Kleikamp



Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))



Archiv +++ A



Abgeordnete

Ausschüsse

Vom Provisorium zum deutschen Exportschlager



Quelle :

https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46502424_kw44_grundgesetz_export-213394

10.3 RE-ORGANISATION der NAZIS - alte Seilschaften

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) als Träger von Rechten und Pflichten für das Völkerrechtssubjekt Deutschland im Rechtsstand 31.12.1937!

Die Nazis reorganisieren sich ab 1945 in der westalliierten Trizone neu und gründeten ab 1949 die BRD - Beispiele von Veröffentlichungen:

Staatshilfe für ehemalige Nazis

Wie die Bundesrepublik NS-Kriegsverbrecher unterstützte



Kanzler Konrad Adenauer beschäftigte den früheren Nazi Hans Globke, als Chef seines Kanzleramtes © dpa

31:18 Minuten

Felix Bohr und Willi Winkler im Gespräch mit Christian Rabhansl · 16.02.2019



↓ Audio herunterladen

Cognac und Kippen schickte die junge Bundesrepublik an NS-Kriegsverbrecher, die in ausländischer Haft saßen. Und in Deutschland wurde einflussreichen Nazis in einflussreiche Positionen verholfen. Ein „Braunes Netz“ nennt das einer unserer Gesprächspartner.

Quelle: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/staatshilfe-fuer-ehemalige-Nazis-wie-die-bundesrepublik-ns-100.html>

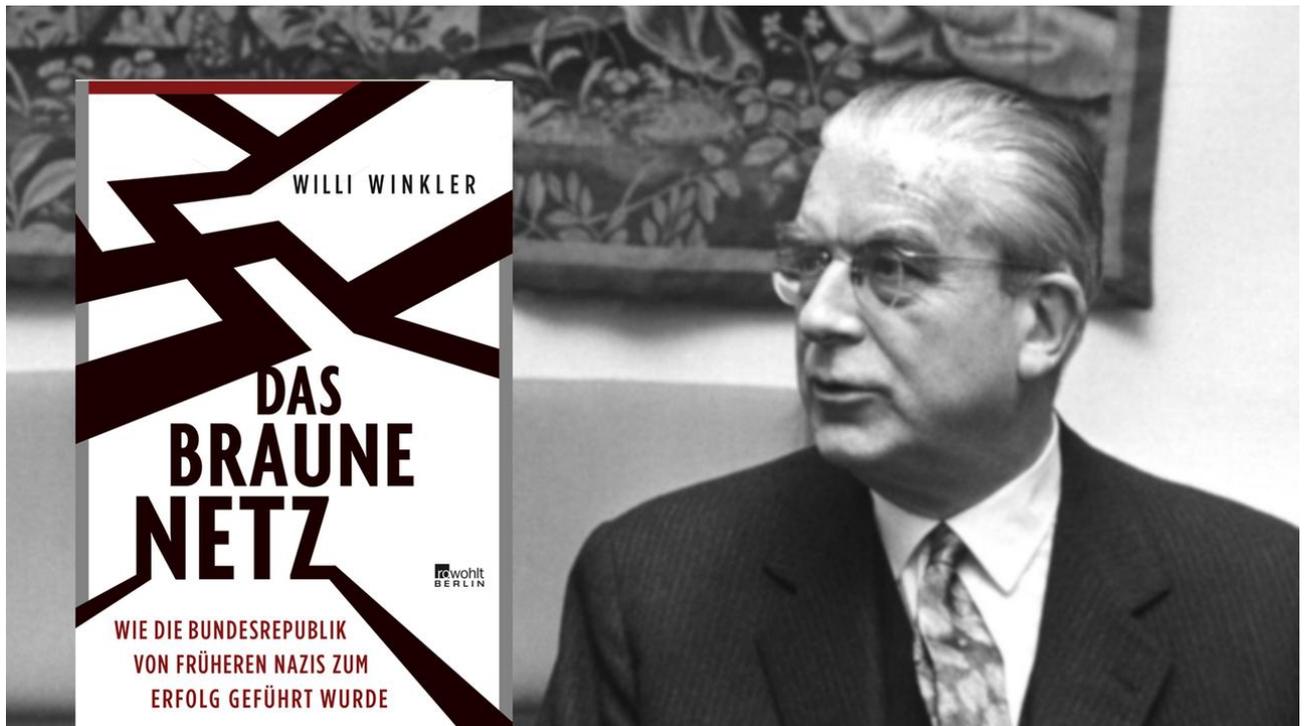
Manfred Görtemaker
Christoph Safferling

Die Akte Rosenburg

Das Bundesministerium
der Justiz und die NS-Zeit

C.H.Beck





| Das "131er-Gesetz"

Die Inklusion von NS-Beamten

von **Martin Rath**

19.02.2017



Foto: Bundesarchiv, Bild 192-014 / CC-BY-SA 3.0, via [Wikimedia Commons](#)

WIR KLAGEN AN

800 Nazi-Blutrichter –
Stützen des Adenauer-Regimes

Herabgegeben: November 1964 für Deutsche Drogen

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Unges%C3%BChnte_Nazijustiz

Ingo Müller

**Furcht-
bare
Juristen**

**Die unbewältigte
Vergangenheit
unserer Justiz**

**verlegt bei
Kindler**

BRAUNBUCH

Kriegs- und Nazi- verbrecher

2. UNVERÄNDERTE
UND ERWEITERTE
AUFLAGE

IN DER
BUNDESREPUBLIK
UND IN
WESTBERLIN
STAAT
WIRTSCHAFT
VERWALTUNG
ARMEE
JUSTIZ
WISSENSCHAFT

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Braunbuch>

10.4 Stopp und Blockade der angloamerikanischen „Persilschein“-Entnazifizierung ab 1949!

Die westalliierten Siegermächte übergeben die Aufgabe der bis dato nur oberflächlich begonnenen Entnazifizierung den sich reorganisierenden Nazis. Eine der ersten „Amtshandlungen“ der Regierung der Bundesrepublik Deutschland 1949: Sofortiger Stopp der nicht erfolgten Entnazifizierung als Störfaktor für die Reorganisation der Nazis!
Im Mai 1951 wird die Entnazifizierung von den sich in der BRD neu organisierten Nazis einfach für beendet erklärt.

Kontrollratsdirektive Nr. 24

Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen

vom 12. Januar 1946

geändert am 16. November 1946 (ABl. S. 228, ber. S. 287)

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch
Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch
Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955

Der Kontrollrat erläßt die folgende Direktive:

1. Zweck und Ziel

Die Dreimächte-Konferenz in Berlin stellte als Ziel der Besetzung Deutschlands unter anderem fest: Die Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen. Diese sind durch solche Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern.

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>



Schlüßstrich drüunter!

Schlüß mit

**Entnazifizierung
Entrechtung
Entmündigung**

Schlüß mit dem

Staatsbürger 2. Klasse

WER

**Staatsbürgerliche
Gleichberechtigung**

WILL

Wählt

FDP

BISHER LDP

Staatsbürger



Weg mit dieser Schranke!

*Bestraft Verbrecher
aber nicht einen politischen Feind!*

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI



24. August 2021, Mecklenburg-Vorpommern, Teterow: Ein Wahlplakat der FDP für die erste Bundestagswahl 1949 hängt an einem Laternenpfahl. Die Bildunterschriften werden von unseren Anbietern zur Verfügung gestellt.




**Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz**

UNABHÄNGIGE WISSENSCHAFTLICHE KOMMISSION
BEI DER BUNDEANWALTSCHAFT FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ
ZUR KLÄRUNG DER NS-VERGANGENHEIT



Die Rosenburg
 4. Symposium
 Die Justizielle NS-Aufarbeitung – Täter, Opfer, Justiz
 Vorträge gehalten am
 21. Oktober 2014
 im Foyer der Bibliothek des Bundesgerichtshofs, Karlsruhe
bmjv.de

**FRIEDRICH KIESSLING
CHRISTOPH SAFFERLING**

**STAATSSCHUTZ
IM
KALTEN KRIEG**




Die Bundesanwaltschaft
 zwischen NS-Vergangenheit,
 Spiegel-Affäre und RAF







"(...)Die Bundesrepublik
 als Rechtsnachfolgerin
 des Dritten Reiches(...)"

Internationaler Gerichtshof
 Urteil zu Entschädigungen
 von Nazi-Opfern

**Achtung Kriegslist! Die Bundesrepublik Deutschland ist NICHT der
 Rechtsnachfolger von Deutschland = des Deutschen Reiches!**

EU-Operation Irreführung und Verdrehung von Tatsachen

Täuschung des Europäischen IStGH! (Befangen!)



Nachrichten-03-02-2012-BRD-Rechtsnachfolger des Dritten Reiches.

Nächstes Video

Autoplay 

Zitat:

"Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches dürfe nicht von Einzelpersonen verklagt werden. Das verstosse gegen das Völkerrecht."



**Die
Bundesrepublik Deutschland
ist nicht
Deutschland**

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE
YEAR 2012
3 February 2012
JURISDICTIONAL IMMUNITIES
OF THE STATE
(GERMANY v. ITALY: GREECE intervening)

2012
3 February
General List
No. 143

"Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?"

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bunds, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort. Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist. Daher muss die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des Deutschen Reichs einstehen."

Kriegslist (Artikel 24 HLKO) : Irreführende Falschinformationen

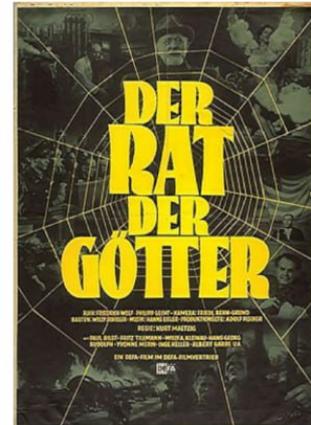


Am 23. März 1933, an dem der Deutsche Reichstag das Ermächtigungsgesetz verabschiedete, wurde die deutsche Demokratie endgültig zu Grabe getragen. Das Parlament schaffte sich in einem Akt der Selbstentleibung faktisch ab und die verfassungsmäßigen Grundrechte gleich mit. Zwar existierten der Reichstag und die Weimarer Verfassung als Institutionen formal weiter, jedoch blieben sie in den folgenden 12 Jahren ohne Bedeutung. Das Ermächtigungsgesetz folgte sieben Wochen nach der Machtübergabe an Hitler und drei Wochen nach der Reichstagsbrandverordnung.

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/todesstoss-fuer-die-weimarer-republik-100.html>



Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“



Warum blieb dieses Haus stehen?

(Titel I. G.-Farben-Haus / Poelzig-Bau / Amerikanische Militärverwaltung / Goethe-Universität Frankfurt am Main).

von Otto (Text) Wittke Verlag: Berlin ?, Herausgeber: Kommission für Agitation und Propaganda bei der Bezirksleitung Halle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED),

Erschienen o.J. - 4", broschiert/Taschenbuch, ca. 16 S., Seltene alte originale SED-Propaganda-Schrift gegen die IG Farben Betriebe. Mit zahlreichen historischen Abbildungen.

Minimale Gebrauchsspuren, sehr gut erhalten.

Agfa, BASF, Bayer, Cassella, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Chemische Fabrik vorm. Weiler Ter Meer, Hoechst Chemische Fabrik Kalle IG Farben Entflechtung



IG Farben - Chemie im Dienst von Krieg und Tod

Es ist die Geschichte eines Megakonzerns, der in Friedenszeiten den Liberalismus liebte, sich aber im Krieg rasant in den Dienst des Staates und der Armee stellte – und in beiden Fällen prächtig verdiente.

Die Geschichte über das zerstörerische Werk von Bayer, BASF und Co und wie die Verantwortlichen sich noch Jahre nach dem Krieg feierten.



Stets für den Profit

Die I.G. Farben, die 1925 aus einem Kartell von Chemie-giganten entstand, verdiente sowohl an der Kriegsführung Deutschlands als auch – über internationale Tochter-gesellschaften – an derjenigen Amerikas.



Objekt: Wollheim-Memorial
 Standort: Goethe-Universität (=IG-FARBEN-HAUS)
 Stadtteil: Westend
 Künstler*in: Blum, Heiner
 Material: Massiv gebauter Pavillon und 13 Bildtafeln

Wollheim-Memorial, Foto: Goethe-Universität



Debellatio

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**.

